

Pfeiler einer stabilen Architektur der Europäischen Wirtschaftspolitik: eine Einführung

Mathias Erlei

Online publiziert: 9. November 2015
© List-Gesellschaft e.V. 2015

Seit dem Jahr 2008 durchlebten die Europäische Union und die Europäische Währungsunion wiederholt wirtschaftliche und politische Krisen, und es ist auch heute – mehr denn je – ungewiss, ob die grundlegenden Probleme gelöst wurden. Die Kombination aus Staatsschuldenkrise und daraus resultierender, gravierender Wirtschaftskrise in den betroffenen Nationen mündete in Rettungspakete, Stabilisierungsmechanismen und eine ultra-expansive Geldpolitik, die in unterschiedlichen Ländern mit überaus unterschiedlichen Argumenten kritisiert werden. Da die damit verbundenen Politikkonflikte weitreichende Konsequenzen selbst für die Existenz der Europäischen Union aufweisen könnten, setzte sich der Wirtschaftspolitische Ausschuss des Vereins für Socialpolitik mit diesem Themenkomplex auseinander. Unter dem Obertitel „Pfeiler einer stabilen Architektur der Europäischen Wirtschaftspolitik“ wurden die Rohfassungen der meisten¹ der hier publizierten Beiträge auf der Jahrestagung 2015 in Frankfurt am Main vorgestellt und diskutiert. Es wird den Leser nicht überraschen, dass das Tagungsergebnis keinen homogenen Lösungsansatz für den gesamten Problemkomplex liefern kann. Dennoch hofft der Herausgeber dieses Tagungsbandes, dass ein wesentlicher Teil der wirtschaftspolitischen Diskussion in seinen unterschiedlichen Facetten zum Ausdruck kommt.

Im ersten Beitrag untersuchen Ines Läufer und Achim Wambach die Krisenbewältigungspolitik der EU mit dem Ziel der Aufdeckung politischer Rahmenbedingungen, die den Raum der umsetzbaren Maßnahmen einschränken. Hierauf aufbauend

¹Die Tagung wurde von der damals kursierenden Grippewelle heftig getroffen. Die Beiträge von Läufer/Wambach und Belke/Gros konnten nicht vorgetragen werden und Carl Christian von Weizsäcker, der dankenswerterweise kurzfristig einspringen konnte, präsentierte zwar ein von der Ausrichtung eng verwandtes, inhaltlich aber signifikant abweichendes Papier.

M. Erlei (✉)
TU Clausthal,
Clausthal-Zellerfeld, Deutschland
E-Mail: m.erlei@tu-clausthal.de

werden Reformvorschläge im Hinblick auf ihre Kompatibilität mit diesen Restriktionen betrachtet. Als zentrale Rahmenbedingungen finden Läufer und Wambach drei Restriktionen: 1) die Notwendigkeit des Erhalts der Währungsunion, 2) die Zustimmungsfähigkeit der Maßnahmen durch die Mitgliedsländer sowie 3) den Verzicht auf Elemente einer länderspezifischen Ausgestaltung europäischer Institutionen, d. h. die Forderung einer Diskriminierungsfreiheit der europäischen Regelsysteme im Hinblick auf die Mitgliedsländer. Für den Reformvorschlag der Vertiefung der Integration – im Sinn einer verstärkt auf europäischer Ebene angesiedelten Problemlösung – hat dies erhebliche Konsequenzen: a) Diskriminierungsfreie Regeln der europäischen Wirtschaftspolitik können individuellen wirtschaftlichen Probleme der betroffenen Nationen nicht gerecht werden; b) Viele diskriminierungsfreie Ansätze, wie zum Beispiel eine allgemeine Versicherungslösung mit absehbaren Richtungen der Transferzahlungen, scheitern an der Zustimmung der beteiligten Nationen. Im Unterschied dazu halten Verbesserungen der allgemeinen Wettbewerbsregeln für den Binnenmarkt die politischen Restriktionen ein. So könnte zum Beispiel eine gemeinsame Bankenaufsicht realisiert werden.

Ansgar Belke und Daniel Gros analysieren die Folgewirkungen einer Bankenunion im Hinblick auf die Dämpfung konjunktureller Schocks. Anhand eines Vergleichs der Krisenverläufe in den USA und in Europa arbeiten die Verfasser heraus, dass eine Bankenunion vorteilhaft zur Schockabsorption beiträgt. Gleichzeitig führt die Herausbildung größerer Banken zu einem verstärkten „too-big-to-fail“-Problem. Die Vorzüge einer Bankenunion können schließlich unabhängig von der konkreten Ausgestaltung der Fiskalpolitik oder einer möglichen Vertiefung der Union verwirklicht werden.

Albrecht Michler widmet sich in seinem Betrag der Regulierung des Schattenbankensektors. Zunächst analysiert er die Ursachen und Risiken der Entwicklung des Schattenbankensektors. Als Ursache findet er vor allem die asymmetrische Regulierung von offiziellem Bankensektor und Schattenbankensektor. Aus den Risiken der Entwicklung wird ein Regulierungsbedarf abgeleitet. Dieser sollte ein „level playing field“ zum Gegenstand haben und Wettbewerbsverzerrungen zwischen den Bankensektoren vermeiden. Gleichzeitig ist auch eine internationale Koordination der Regulierungsmaßnahmen erforderlich, um Wettbewerbsverzerrungen zwischen den Jurisdiktionen zu verhindern.

In Florian Baumanns theoretischem Beitrag wird der Vergleich einer einzelstaatlichen mit einer einheitlichen Einführung der Gefährdungshaftung bei länderübergreifendem Handel vorgenommen. Baumann leitet drei grundlegende Ergebnisse ab: 1) Die Integration der Märkte erhöht die Wohlfahrt. 2) Eine einzelstaatliche Gefährdungshaftung induziert eine Besserstellung des regulierenden Landes zu Lasten des anderen Landes. 3) Eine einheitliche Gefährdungshaftung beseitigt die Verzerrung zwischen den Nationen und führt zu einer weiteren Wohlfahrtsteigerung. Schließlich untersucht der Verfasser die Auswirkung der Lockerung des Annahmenkatalogs auf die Bedeutung der genannten Ergebnisse.

Renate Neubäumer widmet sich der Frage, welchen Beitrag die Fiskalpolitik zum Wachstum der europäischen Krisenländer Griechenland, Irland, Portugal und Spanien vor, während und im Anschluss an die große Wirtschafts- und Finanzkrise geleistet hat. Sie zeigt, dass alle vier Länder in der Vorkrisenzeit hohe Wachstumsra-

ten aufwiesen, aber nur Griechenland und Portugal die Staatstätigkeit schon in dieser Phase erheblich ausweiteten. In den ersten drei Krisenjahren war die Fiskalpolitik in allen vier Ländern expansiv und damit antizyklisch. Anschließend ließ sich diese Politik nicht mehr fortsetzen, sodass die Fiskalpolitik einen prozyklischen Charakter erhielt. Ursache hierfür waren für Irland und Spanien die Lasten einer den Haushalt übermäßig belastenden Bankenkrise. Griechenland und Portugal hingegen wurden durch die bereits in der Vorkrisenzeit vorgenommenen Ausweitung der Staatsschulden zur Umkehr gezwungen.

Carl Christian von Weizsäcker betrachtet das Verhältnis der These eines negativen natürlichen Zinssatzes zum keynesianischen Konzept der unzureichenden effektiven Nachfrage. Der negative natürliche Zins basiert auf der Kombination eines österreichischen Kapitalmodells mit ausgewählten aktuellen Gegebenheiten. Diese implizieren ein Ende der Kapitalknappheit. Verbindet man diese These mit der Annahme einer Marktasymmetrie, der zufolge Nachfrager transaktionsgesättigt sind, Anbieter aber transaktionshungrig bleiben, folgen Preis- und Lohnträge. Diese wiederum führen zu hohen Kosten der Deflation. Abschließend wird gezeigt, dass das Modell der effektiven Nachfrage eine geeignete Brücke zwischen der Konzeption des negativen natürlichen Zinssatzes und den dynamischen Folgen des Endes der Kapitalknappheit bildet.

Obwohl ebenfalls auf Argumenten der Österreichischen Schule der Nationalökonomie basierend, liefert Gunther Schnabl eine völlig andere Perspektive auf die Politik der Nachfragesteuerung als von Weizsäcker. Im Zentrum seiner Betrachtung steht die asymmetrische Geldpolitik, die in Krisenzeiten das Zinsniveau absenkt, in Aufschwungszeiten die Zinsen jedoch nicht wieder auf das Ausgangsniveau anhebt. Die jeweiligen Zinssenkungen erzeugen jeweils einen künstlichen und nicht nachhaltigen Aufschwung, dem notwendigerweise ein korrigierender Abschwung folgt. Die Abschwünge werden erneut durch monetäre Impulse – Zinssenkungen – bekämpft, die einen weiteren künstlichen Aufschwung anstoßen. Langfristig hat dies ein zu geringes Sparvolumen und eine unzureichende Trennung von rentablen und nicht rentablen Investitionsprojekten zur Folge. Beides führt letztlich zur Verringerung des langfristigen Wachstums und zur Stagnation. Als Ausweg wird eine schrittweise Erhöhung des Zinsniveaus vorgeschlagen.

Fritz Helmedag liefert mit seinem Beitrag eine bewusst provozierend formulierte Grundsatzkritik am theoretischen Fundament der Mainstream-Ökonomik und damit zugleich an deren wirtschaftspolitischer Ausrichtung. Mit dem Ziel zu zeigen, dass vermeintlich gesichertes Wissen durchaus in Frage gestellt werden kann, setzt er sich mit einer Reihe von wenig bis (fast) gar nicht umstrittenen Ergebnissen der etablierten Wirtschaftslehre auseinander. Dabei argumentiert er, dass für alle von ihm diskutierten Aspekte – hier sind zum Beispiel das Konzept der Knappheit, das Modell der vollkommenen Konkurrenz, die Wirkung von Mindestlöhnen, Kostenvorteile im Außenhandel oder das Wesen des Geldes zu nennen – alternative Herangehensweisen zu wählen wären, um die zu Grunde liegenden Probleme ihrem Wesen nach zu erfassen.

Helmedags „Provokation“ aufgreifend, liefert Haucap eine kurze Kritik an Helmedags Grundsatzkritik, in der er eine deutlich abweichende Lesart der Inhalte der etablierten Ökonomik skizziert. Abschließend nimmt Helmedag in seiner Replik Stellung zu Haucaps Kritik.